

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König-Preuss (Die Linke)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung

Antisemitismus-Definition der Thüringer Polizei – nachgefragt

Im Jahr 2018 antwortete das Ministerium für Inneres und Kommunales auf die Kleine Anfrage 6/2888 in der Drucksache 6/5728, dass „Juden Jena“-Schmierereien nicht als antisemitisch eingestuft werden, da die Voraussetzungen dafür nicht vorliegen würden.

Das **Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung** hat die **Kleine Anfrage 8/301** vom 6. Januar 2025 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. März 2025 beantwortet:

1. Wie werden aktuell Schmierereien und Graffiti mit dem Inhalt „Juden Jena“ eingestuft?
2. Gibt es zwischenzeitlich eine neue Bewertung entsprechender Schmierereien und Graffiti, insbesondere vor dem Hintergrund des Beschlusses des Landtags „Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen“ in der Drucksache 6/5415 (bitte begründen)?

Antwort zu den Fragen 1 und 2:

Die erwähnten Schmierereien werden von der Landesregierung aufgrund ihrer zum Ausdruck kommenden antisemitischen Geisteshaltung auf das Schärfste verurteilt und belegen im Regelfall eine politisch rechte Motivation. Die Polizei nimmt die notwendigen Ermittlungshandlungen vor.

3. Welche Maßnahmen folgten aufgrund des unter Frage 2 benannten Landtagsbeschlusses im Bereich der Sicherheitsbehörden im Hinblick auf
 - a) eine spezifischere Erfassung antisemitischer Straftaten,
 - b) die zugrundeliegende Tatmotivation sowie
 - c) Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmenseit dem Jahr 2018 (bitte einzeln darstellen und erläutern)?

Antwort:

Für den Bereich der Justiz können folgende Aussagen getroffen werden.

Eine statistische Erfassung für den Bereich der Justiz erfolgte bereits in der Vergangenheit und damit unabhängig von dem Landtagsbeschluss „Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen“ in der Drucksache 6/5415.

Seit dem Jahr 1992 finden statistische Erhebungen zu rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten statt. Die Daten werden nach einem bundeseinheitlichen Erhebungsbogen erfasst und dem Bundesamt für Justiz mitgeteilt. Sie bilden die Grundlage der sogenannten REX-Statistik, die auch ge-

sonderte Angaben unter der Rubrik „wegen antisemitischer Bestrebungen“ enthält. Zum Berichtsjahr 2013 erfolgte eine Überarbeitung der statistischen Erfassung.

Darüber hinaus hat sich in der Vergangenheit die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister mit der Bekämpfung von Hasskriminalität mehrfach beschäftigt. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat sich um eine Begriffsbestimmung von Hasskriminalität bemüht (Straftaten mit „menschenverachtendem Charakter“), um solche Taten – neben der REX-Statistik – gesondert zu erfassen und damit auf gesicherter Datengrundlage bewerten zu können. Bereits seit dem 1. Januar 2018 werden auch Taten der sogenannten Hasskriminalität, darunter auch antisemitische, in Thüringen in einem bundeseinheitlichen Erhebungsbogen statistisch erfasst und weitergeleitet. Für die Zwecke dieser Statistik sind Straftaten dann der „Hasskriminalität“ zuzuordnen, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich gegen eine Person wegen ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität, politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, ihres äußeren Erscheinungsbilds oder sozialen Status gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht beziehungsweise sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder einen sonstigen Gegenstand richtet. Die Einordnung erfolgt durch die Justiz.

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität vom 3. März 2021 (BGBl. I S. 441) wurde das Kriterium „antisemitisch“ mit Wirkung zum 3. April 2021 ausdrücklich als namentlich bei der Strafzumessungsabwägung in Betracht kommender menschenverachtender Beweggrund in die Regelung der Grundsätze der Strafzumessung (§ 46 Abs. 2 Satz 2 Strafgesetzbuch -StGB-) eingefügt.

Zur Umsetzung dieser Gesetzesänderung erließ das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz mit Verwaltungsvorschrift vom 16. Dezember 2022 eine mit Unterstützung Thüringens abgestimmte am 1. Januar 2023 in Kraft getretene bundeseinheitliche Neufassung der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV). Danach sind, soweit Anhaltspunkte für antisemitische Beweggründe bestehen, die Ermittlungen auch auf solche Tatumstände zu erstrecken (Nr. 15 Abs. 6 RiStBV).

Zugleich wurde ausdrücklich angeordnet, dass

- bei Privatklassengesachen ein öffentliches Interesse (§ 376 Strafprozessordnung) in der Regel vorliegen wird, wenn der Rechtsfrieden über den Lebenskreis des Verletzten hinaus gestört und die Strafverfolgung ein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit ist, zum Beispiel wegen der antisemitischen Beweggründe des Beschuldigten (Nr. 86 Abs. 2 RiStBV), und
- ein besonderes öffentliches Interesse an der Verfolgung von Körperverletzungen (§ 230 Abs. 1 Satz 1 StGB) namentlich dann anzunehmen sein wird, wenn der Beschuldigte aus antisemitischen Beweggründen gehandelt hat (Nr. 234 Abs. 1 RiStBV).

Die Deutsche Richterakademie, eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Fortbildungseinrichtung, bot beziehungsweise bietet hierzu Tagungen an. Die Teilnahme an den einwöchigen Tagungen steht Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aller deutschen Länder offen.

Im Rahmen der Zentralen Fortbildung Thüringen fanden beziehungsweise finden in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung und dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz Fortbildungsveranstaltungen statt, die den Antisemitismus betreffen.

Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, MOBIT e.V. und dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „Denk bunt“ Tagungen zum genannten Thema angeboten.

Hinsichtlich der Fort- und Weiterbildungsangebote in den Jahren 2018 bis 2025 wird auf die Anlage verwiesen. Soweit Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden mussten, ist dies dort verzeichnet.

Für den Polizeibereich sind folgende Ergänzungen angezeigt:

Die Unterlagen zur Politisch motivierten Kriminalität ermöglichen die Einstufung und Kennzeichnung antisemitischer Straftaten. Sie unterliegen einer regelmäßigen Befassung durch die Bund-Länder-Arbeits-

gruppe „Qualitätskontrolle PMK“ und werden stetig unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Expertise angepasst und überarbeitet. Nach Ausstufung der Unterlagen wurden diese veröffentlicht und stehen jedem zur Kenntnisnahme zur Verfügung.

Seit dem Jahr 2018 veranstalten im Rahmen eines Kooperationsvertrages die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei, die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, der Erinnerungsort Topf und Söhne und die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße erfolgreich Bildungsveranstaltungen für Thüringer Polizeibeamte, die unter anderem Belange der Bekämpfung des Antisemitismus beinhalten.

Diese Exkursionen haben sich als fester Bestandteil der Ausbildung des mittleren und des Studiums zum gehobenen Polizeivollzugsdienst am Fachbereich Polizei der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung etabliert. Neben der inhaltlichen Vermittlung von Aspekten der Geschichte des Nationalsozialismus und den Verbrechen der NS-Diktatur wird hierbei das Element „Rolle der Polizei“ dezidiert beleuchtet und den Anwärtinnen und Anwärtern nahegebracht.

Die aufgelegten kooperativen Formate stellen ebenso einen wertvollen Beitrag der polizeilichen Fortbildung dar und werden von den Teilnehmern als gewinnbringend und informativ eingeschätzt. Die Möglichkeit zu einer Auseinandersetzung mit historischen Traditionslinien der deutschen Polizei, bei gleichzeitiger Auslösung von Reflexionsprozessen über das eigene polizeiliche Handeln, stellt eine wertvolle Synergie für bereits im Berufsalltag stehende Polizeibeamte dar.

Am 31. August 2022 wurde die Vereinbarung zur Weiterführung der Bildungs Kooperation zwischen den Bildungseinrichtungen der Polizei und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora erneuert. Bei der Unterzeichnung verpflichteten sich beide Seiten weiterhin zu gemeinsamen Bildungsveranstaltungen für Studierende und Auszubildende der Polizei sowie zur polizeilichen Weiterbildung. Veranstaltungen in Menschenrechtsfragen und Extremismusprävention sind ebenso in der Kooperationsvereinbarung festgeschrieben wie eine wechselseitige Unterstützung zu den Themen Menschenrechte, Demokratie und Diktaturgeschichte.

Der Kooperationsvertrag sichert allen Auszubildenden für den mittleren Dienst und allen Studierenden für den gehobenen Dienst ein mehrtägiges spezifisches Bildungsangebot zu, welches sich mit dem Beruf des Polizisten im Kontext zu Menschenrechten, Diktaturgeschichte und der Rolle der Polizei im demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland auseinandersetzt.

Darüber hinaus finden Unterrichtseinheiten und/oder Fortbildungsveranstaltungen mit mehreren weiteren Partnern statt, mit denen keine gesonderte Kooperationsvereinbarung getroffen wurde. Dies betrifft im Kontext der Begegnung mit Antisemitismus folgende Veranstaltungen:

- „Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung“,
- Perspektivwechsel – Praxisstelle Thüringen des Kompetenzzentrums der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Thüringen e.V. (ZWST): „Gemeinsame Initiative gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie vereinte Maßnahmen zur Qualifizierung und Professionalisierung von angehenden Polizistinnen und Polizisten“.

Maier
Minister

Anlage*

Endnote:

- * Auf einen Abdruck der Anlage wird verzichtet. Die Anlage steht unter der oben genannten Drucksachennummer elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und in der Parlamentsdokumentation unter der Internetadresse www.parldok.thueringer-landtag.de zur Verfügung. Die Fragestellerin, die Fraktionen und die Landtagsbibliothek erhalten je ein Exemplar der Anlage in der Papierfassung.

Kleine Anfrage 301**Anlage zu Frage 3 Buchst. c**

Jahr	Tagung
2018	13b "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 29.04.-04.05.2018 in Trier
	16b "Justiz und Judentum" vom 27.05.-31.05.2018 in Trier
	16a "Rechtsradikalismus und Neonazismus - Von der Vergangenheit bis zur Gegenwart" vom 27.05.-01.06.2018 in Trier
	28b "Salafismus" vom 30.09.-05.10.2018 in Trier
2019	5c "Praxisforum Staatsschutzstrafrecht" vom 10.02.-15.02.2019 in Wustrau
	6c "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 17.02.-22.02.2019 in Wustrau
	11d "Justiz und Islam" vom 24.03.-29.03.2019 in Wustrau
	17c "Aktuelle Herausforderungen an die Rechtsprechung in Staatsschutzstrafsachen" vom 20.05.-24.05.2019 in Wustrau
	32b "Rechtsradikalismus und Neonazismus - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen" vom 10.11.-15.11.2019 in Trier
	"Täter unter uns: Die Justiz zwischen der Aufarbeitung von NS-Kriegsverbrechen und der Verfolgung von Rechtsterrorismus" vom 14.11.-15.11.2019 in der Gedenkstätte Buchenwald
2020	5d "Justiz und Judentum" vom 10.02.-14.02.2020 in Wustrau
	6c "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 16.02.-21.02.2020 in Wustrau
	21b "Rechtsradikalismus und Neonazismus - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen" vom 21.06.-26.06.2020 in Trier Absage wegen der Corona-Pandemie
	22d "Praxisforum Staatsschutzstrafrecht" vom 21.06.-26.06.2020 in Wustrau - Absage wegen der Corona-Pandemie
	33a "Rassismus - Eine Herausforderung für die Justiz" vom 02.11.-05.11.2020 in Trier - Absage wegen der Corona-Pandemie

Jahr	Tagung
	"Sprache, Hass und Terrorismus - Das Internet als Aktions- und Radikalisierungsplattform der extremen Rechten" vom 16.11.-17.11.2020 in der Gedenkstätte Buchenwald - Absage wegen der Corona-Pandemie
2021	2b "Rechtsradiaklismus und Neonazismus - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen" vom 17.01.-22.01.2021 in Trier
	5b "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 07.02.-12.02.2021 in Trier
	12c "Hass im Internet - Möglichkeiten einer effektiven Bekämpfung" vom 28.03.-31.03.2021 in Wustrau
	14c "Praxisforum Staatsschutzstrafrecht" vom 18.04.-23.04.2021 in Wustrau - Absage wegen der Corona-Pandemie
	18c "Aktuelle Herausforderungen an die Rechtssprechung in Staatsschutzstrafsachen" vom 17.05.-21.05.2021 in Wustrau
	"Sprache, Hass und Terrorismus - Das Internet als Aktions- und Radiaklisierungsplattform der extremen Rechten" vom 20.05.-21.05.2021 - online
	"Die Justiz und der Umgang mit extrem rechten Straftaten: Eine Gefahr für den Rechtsstaat?" vom 15.11.-16.11.2021 in der Gedenkstätte Buchenwald
2022	11a "Salafismus" vom 21.03.-25.03.2022 in Trier
	"Rassistische und sonst menschenverachtende Tatmotivation erkennen und und verfolgen" vom 05.04.-06.04.2022 in Schkeuditz/Sachsen
	17c "Praxisforum Staatsschutzstrafrecht" vom 08.05.-13.05.2022 in Wustrau
	24c "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus" vom 31.08.-26.08.2022 in Wustrau
	"Polizei und Justiz im Kontext der Corona.Pandemie" vom 13.09.-14.09.2022 in der Gedenkstätte Buchenwald
	9W "Antisemitismus in Deutschland" vom 11.10.-12.10.2022 - online
	33f "Rassismus - Eine Herausforderung für die Justiz" vom 17.10.-20.10.2022 in Wustrau
	38a "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 20.11.-25.11.2022 in Trier

Fortbildungsveranstaltungen 2018-2025

Jahr	Tagung
2023	11b "Rechtsextremismus in Deutschland - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen" vom 19.03.-24.03.2023 in Trier
	30b "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 08.10.-13.10.2023 in Trier
	34c "Hass im Internet - Möglichkeiten einer effektiven Bekämpfung" vom 30.10.-02.11.2023 in Wustrau
	41d "Rassismus - Eine Herausforderung für die Justiz" vom 17.12.-20.12.2023 in Wustrau
2024	13d "Justiz und Judentum" vom 15.04.-19.04.2024 in Wustrau
	17d "Antisemitismus als justizielle Herausforderung" vom 21.05.-24.05.2024 in Wustrau
	18c "Praxisforum Staatsschutzstrafrecht" vom 27.05.-31.05.2024 in Wustrau
	"Extremismus und Antisemitismus - aktuelle Entwicklungen" am 06.06.2024 in Erfurt
	"Rechtsextremismusbekämpfung" vom 01.07.-03.07.2024 in Fischbachau/Bayern
	24b "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 07.07.-12.07.2024 in Wustrau
	30c "Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus" vom 13.10.-18.10.2024 in Wustrau
	33W "Antisemitismus in Deutschland nach 1945" vom 11.11.-12.11.2024 - online
	37a "Rassismus - Eine Herausforderung für die Justiz" vom 24.11.-28.11.2024 in Trier
	39b "Rechtsextremismus in Deutschland - Kontinuitäten und aktuelle Tendenzen" vom 08.12.-13.12.2024 in Trier
2025	14b "Der Umgang mit Hasskriminalität in der Strafjustiz" vom 05.05.-09.05.2025 in Trier
	28b "Politischer Extremismus - Herausforderung für Gesellschaft und Justiz" vom 07.09.-12.09.2025 in Trier

Fortbildungsveranstaltungen 2018-2025

Jahr	Tagung
	33b "Justiz und Islam" vom 09.11.-14.11.2025 in Trier
	33c "Praxisforum Staatsschutzstrafrecht" vom 09.11.-14.11.2025 in Wustrau
	38b "Rassismus - eine Herausforderung für die Justiz" vom 01.12.-05.12.2025 in Trier